



Studi-Demo zum Solidarpakt III am 24.06.2014 in Stuttgart

Rede Hanna Binder, Landesfachbereichsleiterin Bildung, Wissenschaft und Forschung Baden-Württemberg

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Studierende, sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete, Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mich zunächst bei den Organisatoren dieser Demonstration für ihr Engagement und die Einladung zur Teilnahme an der Kundgebung bedanken. Sehr gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, heute ein paar Worte zur Finanzierung unserer Hochschulen und zu den Verhandlungen über den Solidarpakt III zu sagen.

Ich spreche als Vertreterin der Mitglieder der Gewerkschaft ver.di. Unter unseren Mitgliedern befinden sich viele Studierende, wissenschaftlich Beschäftigte und **vor allem Beschäftigte aus dem nichtwissenschaftlichen Bereich.**

Wie sich die Situation aus der Sichtweise der Studierenden darstellt, wurde von den Rednerinnen und Rednern der Studierenden gerade eben ausführlich dargestellt. Dem kann ich mich weitestgehend anschließen und verzichte daher gerne auf Wiederholungen.



Stattdessen will ich mich auf die Situation der Beschäftigten konzentrieren.

Hier kann ich zunächst einmal feststellen: die Beschäftigten des nichtwissenschaftlichen Bereichs werden auf Personalversammlungen, in Pressemitteilungen und Sonntagsreden immer lobend erwähnt. Ihre Wichtigkeit für alle Bereiche unserer Hochschulen – Forschung, Lehre und Verwaltung und damit für alle übrigen Mitglieder der Hochschule – Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Studierende und Hochschulleitung – wird dort gerne beteuert.

Auch von meiner Seite will ich mich diesem Lob für die gute Arbeit, die an den Hochschulen geleistet wird, explizit anschließen. DANKE, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Leider fehlt den Danksagungen der Landesregierung und der Hochschulleitungen oft der „harte Kern“. Sie erinnern mehr an Lippenbekenntnisse. Schaut man hinter die Kulissen, zeigt sich, dass die nichtwissenschaftlichen Beschäftigten in den Debatten der Hochschulleitungen und der Regierung keine zentrale Rolle spielen.

Zum Thema „hinter die Kulissen schauen“ ein kleiner **Exkurs**: das ist bei den Solidarpakt-Verhandlungen gar nicht so einfach. Fast – aber sicherlich nur aus sachlichen Erwägungen - drängt sich der Verdacht auf, dass das auch gar nicht gewollt ist. **Es ist an der Zeit, mehr Transparenz in die Verhandlungen zu bringen!**

Aber der Zeit- und Verfahrensplan für den Solidarpakt III sieht eigentlich keinerlei Information oder gar Beteiligung der verschiedenen



Hochschulangehörigen vor. Der Dialog der Landesregierung findet ausschließlich zwischen den Ministerien und den Hochschulleitungen statt.

Auch der Landtag soll den Pakt am Ende nur als Gesamtpaket absegnen und im Haushalt verankern und sich über mehrere Haushalte hinweg verbindliche festlegen.

Hintergrundinformationen zu den Verhandlungen finden nur auf Umwegen und über Quellen, die nicht benannt werden wollen, zu den Betroffenen. So haben auch ein paar Informationen den Weg zu mir gefunden.

Allen ist eines gemeinsam:

Die nichtwissenschaftlichen Beschäftigten kommen de facto nicht vor.

In ihrer „Bewertung des Solidarpakts II“ untersucht **eine Beratungsfirma der Landesrektorenkonferenz** die Indikatoren der Dimensionen Mittel, Studierende und Personal miteinander. Und zur Kategorie „Personal“ gehören dabei: das wissenschaftlich-künstlerische Personal und Professorinnen und Professoren. Punkt. Ende. Nichtwissenschaftliches Personal ist offensichtlich keine Dimension, die untersucht werden müsste.

Reicht es wirklich, sich mit dem nichtwissenschaftlichen Personal auf der Personalversammlung auseinanderzusetzen? Ich meine: nein.

Die **Landesregierung** listet in ihrem Papier zur Ausgangslage und den Steuerungselementen des Solidarpakts immerhin die Gesamtstellenzahl der Beschäftigten an den Hochschulen auf – bei den Vorgaben, die der eigene



Koalitionsvertrag macht, wird im Zusammenhang mit der Hochschulfinanzierung das Thema „Gute Arbeit“ aber wohlweislich weggelassen.

Zu offensichtlich würde dann der Widerspruch im bisherigen Umgang mit den steigenden Studierendenzahlen – die im Moment nur mit befristeten Programmen (Hochschule 2012, Master 2016 und Qualitätssicherung) bewältigt werden können. Ein dauerhafter Ausbau ist nicht vorgesehen.

Während sich die Landesregierung nach Verabschiedung des letzten Haushalts zu Recht noch stolz gezeigt hat, für die Hochschulen unbefristete Stellen geschaffen zu haben, hat sie im nächsten Schritt die Politik der Vorgängerregierung unverändert fortgeführt. Die genannten befristeten Programme beinhalten über 3.000 Stellen – damit sind mehr befristete Stellen neu geschaffen als alte Stellen entfristet worden.

Neben der insgesamt zu geringen Grundfinanzierung, die keine Entfristungen zulässt und wegen der wir heute alle hier sind, gibt es ein weiteres **vorgeschobenes** Argument dafür, die Kapazitäten nur vorübergehend zu erhöhen: die Prognosen sagen, dass die Studierendenzahlen auch irgendwann wieder zurückgehen.

Das „Irgendwann“ wird dabei unterschiedlich beziffert, nach den Angaben des Ministerium für Wissenschaft und Kunst liegen die Zahlen aber auch im Jahr 2025 noch höher als vor 10 Jahren – ohne, dass dabei aktuelle Entwicklungen wie die Verbreiterung des Zugangs zur Hochschule, die Akademisierung von Berufsfeldern, z.B. im Gesundheitsbereich und die politisch zu Recht gewollte stark gestiegene Bildungsbeteiligung in schulischen Bildungsgängen, die zur Hochschulreife führen, berücksichtigt worden wären.



Damit steht für ver.di fest: es kann nicht angehen, dass es bei der zeitlichen Befristung der Aufbauprogramme bis 2017 bleibt. Das ist definitiv zu kurz und führt damit zu unnötiger Verunsicherung der Beschäftigten und hoher Fluktuation an den Hochschulen. Mit „guter Arbeit“, und auch mit „guter Wissenschaft“, hat das nichts zu tun.

Diese heutige Demonstration wird von den Rektoren unterstützt. Das ist gut so. Denn bei aller Kritik an den Hochschulleitungen, die ich jetzt geäußert habe, ist es natürlich viel erfolgversprechender, wenn auch die Rektoren sich mit allen Angehörigen der Hochschulen gemeinsam äußern anstatt dass alle Gruppen getrennt vorgehen.

Dennoch haben die unterschiedlichen Gruppen gleichzeitig unterschiedliche Interessen, die sie legitimer Weise auch so äußern können, dürfen und müssen – denn in die Stellungnahme der Rektoren sind sie ja nicht eingeflossen, die Rektoren haben die Beschäftigten auch nicht nach ihrer Meinung gefragt.

Auch ungefragt will ich zu den Forderungen der Landesrektorenkonferenz noch etwas sagen:

Natürlich ist die Forderung nach einer verlässlichen Grundfinanzierung der Universitäten wichtig und richtig – und wichtig ist darüber hinaus, wie die geforderten Mittel verteilt werden.

Aus den Aussagen der Landesrektorenkonferenz geht klar hervor, dass die Beschäftigten in den vergangenen Jahren enormes geleistet haben. Sie haben



sich zusätzlichen, neuen Aufgaben gestellt, ohne dass das hierfür vorgesehene Personal eingestellt worden wäre:

Zitat Stellungnahme LRK:

„Die Universitäten haben zahlreiche zusätzliche Aufgaben, die das Land in den letzten Jahren an sie herangetragen hat, mit Selbstbeschränkung und Stellenkapitalisierungen mitfinanziert. (...) Nur mit Mitteln aus freigehaltenen Stellen waren die Universitäten in der Lage, das erweiterte Aufgabenspektrum von den zurückgehenden Zuschüssen für den Hochschulbau bis zu den fehlenden Ausgleich für die seit 1998 verdoppelten Energiekosten zu erfüllen.“

Die Landesregierung beziffert die Stellenkapitalisierung auf 2000 unbesetzte Stellen an den Hochschulen, mithin 90 Mio. Euro pro Jahr.

Die Beschäftigten haben die genannten zusätzlichen Aufgaben „on top“ mit erledigt, ohne die in den Stellenplänen der Landesregierung vorgesehene Unterstützung durch neue Kolleg_innen zu erhalten und ohne hierfür besser entlohnt zu werden. Im Gegenteil, viele Einkommen sind stagniert:

Zitat Stellungnahme LRK:

„Die Universitäten haben von der Umstellung des BAT auf den TV-L, die vor allem bei den Gehältern des wissenschaftlichen Nachwuchses hohe jährliche Minderausgaben für Personalkosten zur Folge hatte, keinen Nutzen gehabt, und Wettbewerbsnachteile erfahren.“

Die Landesrektorenkonferenz beziffert die Summe auf 40 Mio. Euro pro Jahr.

Macht zusammen mit den unbesetzten Stellen ca. 130 Mio. Euro, die pro Jahr zu Lasten der Beschäftigten gespart oder anders verwendet wurden.



Das finde ich empörend. Und daraus folgt für uns: die Beschäftigten der Hochschulen haben ihren Beitrag für eine exzellente Hochschullandschaft erfüllt!

Es ist an der Zeit, sich an den Hochschulen ernsthaft mit dem Thema „Gute Arbeit“ auseinanderzusetzen.

Satt sich dem Thema „gute Arbeit“ für alle Beschäftigten zu nähern, fordern die Rektoren allerdings lieber Leistungszulagen für junge Nachwuchswissenschaftler. Dem können wir uns nicht anschließen.

Wichtiger als Zulagen für diejenigen, die sich in einer so guten Ausgangssituation befinden, eine über den Tarifvertrag hinausgehende Gehaltsforderung erheben zu können, sind verlässliche Karrierewege für alle. Dazu gehört, dass endlich Schluss ist mit ultra-kurzen Befristungen. Die Dauer der Befristung darf die Projektlaufzeit nicht unterschreiten.

Und wenn es eine Zulage gibt, die wir uns auch vorstellen können, dann dafür, dass bei befristeten Arbeitsverhältnissen keine Sicherheit über die berufliche Zukunft besteht. Man könnte befristet Beschäftigten – allen, nicht nur den jungen Nachwuchswissenschaftlern – eine Zulage bezahlen. Hierzu haben wir bereit in den letzten Tarifverhandlungen der Länder einen Vorschlag unterbreitet, den wir in der nächsten Tarifrunde im kommenden Frühjahr selbstverständlich erneut zur Diskussion stellen.

Ich komme zum Schluss und fasse unsere Forderung an die Landesregierung zusammen:



In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Studienanfänger dynamisch entwickelt. Auf diese Entwicklung wurde immer nur mit befristeten Sonderprogrammen reagiert, die automatisch einen drastischen Anstieg von befristeten Arbeitsverhältnissen an unseren Hochschulen zur Folge hatten. Damit muss endlich Schluss sein. Wir brauchen eine deutliche Erhöhung der Grundfinanzierung unserer Hochschulen, die sich in den Stellenplänen in Form von unbefristeten Stellen widerspiegeln muss. Wir brauchen Mindeststandards bei Befristungen und Dauerstellen für Daueraufgaben.